Abbau von Checkpoint Charlie*: „Sehr mühevoll"

„Viele Überraschungen"

Die Sowjets verlangen Übergangsfristen für die Bündnisse

Die „Zwei plus Vier"-Verhandlungen der beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten ziehen sich länger hin als erwartet. Die Hoffnung des Bundeskanzlers, die Gespräche könnten im September abgeschlossen werden, wird sich kaum erfüllen.

Am vergangenen Freitag, dem 49. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, überraschte Moskaus Außenminister Eduard Schewardnadse seine Kollegen in Berlin-Niederschönhausen mit der Forderung, Gesamtdeutschland solle für einen Übergangszeitraum von fünf Jahren alle bisherigen völkerrechtlichen Verträge der Teilstaaten einhalten. Damit wäre der östliche Teil bis auf weiteres Mitglied des Warschauer Paktes, der westliche bliebe im Nato-Bündnis. Außerdem müsse für die gesamtdeutschen Streitkräfte eine Höchstgrenze – 200 000 bis 250 000 Soldaten – festgelegt werden.

Die Außenminister James Baker (USA) und Douglas Hurd (Großbritannien) widersprachen heftig: Die Einheit müsse einhergehen mit der vollen Souveränität Deutschlands. Am Ende der „Zwei plus Vier"-Gespräche solle in einer politischen Erklärung die „Ablösung" aller alliierten Rechte förmlich festgestellt werden.

Den Vorschlag Schewardnadses, nach der Vereinigung Deutschlands innerhalb von sechs Monaten die alliierten Truppen aus Berlin abzuziehen, lehnten die West-Außenminister ab. Die USA, Großbritannien und Frankreich sind allenfalls bereit, die Zahl ihrer Soldaten in West-Berlin zu reduzieren; sie wollen ihre Truppen erst dann vollständig abziehen, wenn die sowjetischen Soldaten das Territorium der DDR verlassen haben.

Westliche Verhandlungsteilnehmer nannten die Gespräche in Niederschönhausen „mühevoll und sehr zäh". Schewardnadse gab sich allerdings kompromißbereit: Die Positionen Moskaus seien keinesfalls „der Weisheit letzter Schluß".

In Bonn hat Moskau mittlerweile auch seine Forderungen für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vorgelegt. Die Sowjets wollen die seit Ende des Zweiten Weltkriegs benutzten Kasernen, Flugplätze und Übungsgelände „mit Gewinn" gegen harte D-Mark verkaufen. Für die Beseitigung der entstandenen Umweltschäden sollen die Käufer aufkommen.

Moskau verlangt außerdem, daß die Truppen auf dem heutigen Gebiet der DDR weiterhin zu Vorzugspreisen mit Lebensmitteln, Strom, Kohle, Wasser und Gas beliefert werden. Ein Generalstabsoffizier des Verteidigungsministeriums: „Das wird noch viele Überraschungen geben."

* Am vergangenen Freitag in Berlin; im Vordergrund die Außenminister Baker, Dumas, Genscher, Schewardnadse.

PDS, im Parlament nicht vertreten. Denn, so ein Vermerk des Bundesinnenministeriums, „wer nur in der DDR antritt, aber in ganz Deutschland fünf Prozent erreichen will, muß in der DDR 23,75 Prozent gewinnen". Bei einer Drei-Prozent-Klausel wären unter gleichen Bedingungen immerhin noch 14,25 Prozent nötig, was allein die PDS (Volkskammer-Ergebnis: 16,4 Prozent) schaffen könnte. Die Wende-Revolutionäre, die gerade noch in die Volkskammer gekommen sind, hätten keine Chancen.

Wohl aber würden die drei Prozent der DSU (Volkskammer-Ergebnis: 6,3 Prozent) das Überleben garantieren: Die nach ihrem Zusammenschluß im Oktober gesamtdeutsch antretende CDU könnte im Verein mit der Bayern-CSU und der DDR-DSU ihr Ergebnis optimieren und Kanzler Kohl seinem Traumziel näherbringen, nicht nur Einheitskanzler zu werden, sondern es seinem Polit-Großvater Konrad Adenauer auch noch mit einer absoluten Mehrheit gleichzutun.

Um die Vorteile der Territorialwahl nutzen zu können, würden die Parteichristen sogar die PDS im gesamtdeutschen Parlament in Kauf nehmen. Das Kalkül: Die SED-Nachfolgerin werde in den harten Zeiten nach dem Schock der Währungsunion genügend Zulauf haben, um die Sozialdemokraten in der DDR niederzuhalten und damit das gesamtdeutsche Ergebnis der sich Ende September vereinigenden SPD nach unten zu drükken.

So ist es aus strategischer Sicht nur logisch, wenn die Sozialdemokraten ein einheitliches Wahlgebiet mit Fünf-Prozent-Sperre fordern: Dann wären die auf die DDR beschränkten Gysi-Sozialisten außen vor und die bundesdeutschen Grünen mangels starker Verbündeter im Osten in großer Gefahr – als Stimmensammler bliebe die SPD.

Auch die Freidemokraten haben die Ausgangspositionen streng machtpolitisch durchgerechnet. Bei einheitlichem Wahlgebiet wären sie vielleicht, wenn auch die Grünen die Fünf-Prozent-Hürde nicht schafften, die unangefochtene dritte Kraft im Vier-Parteien-System.

Die FDP-Taktiker haben noch ein weiteres Ziel im Visier: Sie möchten sich aus der Gefangenschaft des ungeliebten CDU-Kanzlers befreien. Und die Chancen dafür, glauben sie, stehen gar nicht so schlecht.

Entgegen dem von Parteichef Otto Graf Lambsdorff verbreiteten Zweckoptimismus setzen die Liberalen, ganz wie der SPD-Kandidat Lafontaine, auf Baisse. Sie erwarten, daß der Schock der Wirtschafts- und Währungsunion zu großen sozialen Unruhen führen wird und Helmut Kohl bei den Wahlen die Rechnung bezahlen muß.

Die erhoffte Folge: Die SPD werde so gut abschneiden, daß die Freidemokra-